

KK

Karteikarten von Alpmann Schmidt –
Examenswissen kompakt, komprimiert, komplett

Aus dem Inhalt:

- Grundprinzipien des Sachenrechts
- Sachen, inkl. Bestandteile und Zubehör, §§ 90 ff.
- Besitz und Besitzschutz
- Eigentum an beweglichen Sachen
 - Eigentumserwerb, §§ 929 ff.
 - Gutgläubiger Erwerb vom Nichtberechtigten, §§ 932 ff.
 - Eigentumserwerb kraft Gesetzes und Hoheitsaktes
 - Sicherungseigentum
 - Anwartschaftsrecht
- Pfandrecht an Sachen und Rechten
- Eigentum an Grundstücken
 - Eigentumserwerb, §§ 873, 925
 - Erwerb vom Nichtberechtigten, § 892
- Hypothek
- Grundschuld
- Vormerkung
- Zustimmung zur Grundbuchberichtigung, § 894
- Herausgabeanspruch des Eigentümers, § 985
- EBV, §§ 987 ff.
- Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch, § 1004

ISBN: 978-3-86752-477-3



9 783867 524773

€ 12,90

KK

2016

Sachenrecht



KK

Karteikarten

Lücke

Sachenrecht

9. Auflage 2016

Alpmann Schmidt



Dr. Jan Stefan Lüdde
Rechtsanwalt und Repetitor



















Sachenrecht




















9., überarbeitete Auflage 2016


















ISBN: 978-3-86752-477-3

Verlag: Alpmann und Schmidt Juristische Lehrgänge
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Münster

Die Vervielfältigung, insbesondere das Fotokopieren der Karteikarten,
ist nicht gestattet (§§ 53, 54 UrhG) und strafbar (§ 106 UrhG).
Im Fall der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt.

Grundprinzipien des Sachenrechts		1, 2
Überblick		3
Sachen		4
Bestandteile		5, 6
Besitz: Erwerb, Verlust, Besitzschutz		7–15
Eigentum		16
Übereignung beweglicher Sachen		17–27
■ Einigung		18, 19
■ Übergabe		20, 21
■ Übergabesurrogate		22–24
■ Berechtigung		25
■ Stellvertretung		26, 27
Erwerb beweglicher Sachen vom Nichtberechtigten		28
Gutgläubiger (lastenfreier) Erwerb beweglicher Sachen, §§ 932–936		29–36
Eigentumserwerb kraft Gesetzes:		
Verbindung, Verarbeitung, Trennung, Ersitzung, Aneignung, Fund		37–43
Eigentumserwerb kraft Hoheitsaktes		44
Sicherungseigentum		45–48
Anwartschaftsrecht, insbes. Eigentumsvorbehalt		49–57

Faustpfandrecht an Sachen		58–61
Pfandrecht an Rechten		62, 63
Übereignung von Grundstücken, §§ 873, 925		64
Erwerb von Grundstücken vom Nichtberechtigten, §§ 873, 925, 185 II, 878, 892		65
(Lastenfreier) Erwerb von Grundstücken vom Nichtberechtigten, § 892		66–69
Hypothek		70–83
■ Überblick, §§ 1113 ff.		70
■ Ersterwerb		71
■ Ersterwerb vom Nichtberechtigten		72
■ Zweiterwerb		73
■ Zweiterwerb vom Nichtberechtigten		74–77
■ Die zu sichernde Forderung/Einreden und Einwendungen		78–80
■ Rechtsänderungen bei Zahlung		81
■ Haftungsverband		82
■ Besondere Formen		83
Grundschild		84–91
■ Überblick, §§ 1191 ff.		84
■ Ersterwerb		85
■ Ersterwerb vom Nichtberechtigten		86

■ Zweiterwerb		87
■ Zweiterwerb vom Nichtberechtigten		88
■ Sicherungsvertrag/Einreden und Einwendungen		90
■ Rechtsänderung bei Zahlung		91
Vormerkung: Wirkungen, Ersterwerb, Zweiterwerb		92–96
Zustimmung zur Grundbuchberichtigung, § 894		97
Herausgabeanspruch des Eigentümers, § 985		98–101
Eigentumsvermutung, § 1006		102
EBV		103–116
■ Überblick		103
■ Vindikationslage		104, 105
■ Schadensersatzpflicht des unrechtmäßigen bösgläubigen oder verklagten Besitzers, §§ 989, 990		106
■ Weitere Schadensersatzpflichten		107–109
■ Umfang des Schadensersatzes		110
■ Nutzungersatz		111–114
■ Verwendungsersatz		115–116
Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch, § 1004		117–121

Trennungsprinzip

Schuldrechtliche Verpflichtung (☞ Kaufvertrag) und **sachenrechtliche Verfügung** (☞ Übereignung der Kaufsache und Übereignung des Kaufpreises in Form von Scheinen und Münzen) erfolgen in getrennten Rechtsgeschäften.

Abstraktionsprinzip

Die rechtlich getrennten Rechtsgeschäfte sind auch **rechtlich voneinander unabhängig**, d.h.:

- Fehler des Verpflichtungsgeschäftes wirken sich auf das Verfügungsgeschäft nicht aus.
- Fehler des Verfügungsgeschäftes wirken sich auf das Verpflichtungsgeschäft nicht aus.
- Gleichwohl können beide Geschäfte nichtig sein. Leiden sie unter demselben Mangel (☞ Beide Geschäfte verstoßen gegen § 134), spricht man von **Fehleridentität**.

Absolutheit

- Ansprüche aus gesetzlichen oder vertraglichen Verhältnissen (z.B. auf Herausgabe) wirken gem. § 241 nur dem Schuldner gegenüber (**Relativität der Schuldverhältnisse**), während dingliche Rechtspositionen gegen jedermann (**absolut**) wirken (☞ Der Eigentümer kann von jedem unrechtmäßigen Besitzer gem. § 985 Herausgabe verlangen).
- Diese starke Wirkung gebietet einen **erhöhten Schutz des Rechtsverkehrs**, um **Rechtssicherheit** zu gewährleisten. Er wird durch die nachfolgenden Prinzipien sichergestellt.


Numerus clausus der Sachenrechte und Typenzwang

Art der Berechtigung und ihre **Ausgestaltung** müssen gesetzlich feststehen.

- Es können durch Vereinbarung keine neuen (absolut wirkenden) dinglichen Rechte geschaffen werden (**numerus clausus**).
- Die gesetzlichen Regeln zur Begründung und Ausgestaltung eines dinglichen Rechts sind nicht disponibel (**Typenzwang**).

Publizitätsprinzip (Offenkundigkeitsprinzip)

Die Bestellung und Übertragung dinglicher Rechte muss **nach außen erkennbar** sein.

- Bei **beweglichen Sachen** wird die Publizität meist an den Besitz geknüpft, vgl. §§ 932 ff. und § 1006 (zu den anderen Besitzfunktionen vgl.  8).
- Bei **Grundstücken** kommt dem Grundbuch die Publizitätsfunktion zu, vgl. §§ 891, 892.

Bestimmtheitsgrundsatz (Spezialitätsgrundsatz)

Im Schuldrecht genügt die Bestimmbarkeit der Leistung/Gegenleistung (exemplarisch: §§ 315 ff.). Im Sachenrecht muss die Sache, über die verfügt werden soll, eindeutig bestimmt sein.

- ➡ Bestimmtheit setzt voraus, dass der Gegenstand, an dem sich die Rechtsänderung vollziehen soll, im **Zeitpunkt der von den Beteiligten vorgestellten Vollendung des Rechtserwerbs allein anhand der Einigung über die Verfügung durch einen Dritten bestimmt werden kann**.

 auf  45

Die Regelungen des Sachenrechts

Entstehen und Änderung der Rechte an **beweglichen Sachen**

- Eigentumserwerb vom Berechtigten, §§ 929 ff.
☞ 17–27
- Eigentumserwerb vom Nichtberechtigten, §§ 932 ff.
☞ 28–36
- Eigentumserwerb durch Gesetz oder Hoheitsakt, §§ 946–984
☞ 37–44
- Sicherungsübereignung, §§ 929 S. 1, 930
☞ 45–48
- Anwartschaftsrecht, §§ 158, 929 ff.
☞ 49–57
- Pfandrechte, §§ 1204–1296
☞ 58–63

Entstehen und Änderung der Rechte **an Grundstücken**

- Eigentumserwerb vom Berechtigten, §§ 873, 925
☞ 64
- Eigentumserwerb vom Nichtberechtigten, §§ 892, 893
☞ 65–69
- Eigentumserwerb durch Gesetz oder Hoheitsakt, §§ 946–984
☞ 37–44
- Hypothek, §§ 1113 ff.
☞ 70–83
- Grundschuld, §§ 1191 ff.
☞ 84–91
- Vormerkung, §§ 883 ff.
☞ 92–96

Allgemeine Regeln

- Besitz, §§ 854–872
☞ 7–15
- Herausgabe/EBV, §§ 985–1003
☞ 98–101 / 103–116
- Eigentumsstörungen, §§ 1004 ff.
☞ 117–121

Grundlagen

- Sache/Bestandteil/Zubehör, §§ 90 ff.
☞ 4–6
- Sachenrechtsgrundsätze
☞ 1, 2

Übergabe gem. § 929 S. 1 i.V.m. § 932 I 1

- **Grundsätzlich** reicht Übergabe i.S.v. § 929 S. 1 als Rechtsscheinsträger aus, da dem Erwerber der Besitz tatsächlich verschafft wird. Weil der Veräußerer durch Veranlassung einer Übergabe ausreichend seine **Besitzverschaffungsmacht** dokumentiert, wird überwiegend eine gesonderte Prüfung des Rechtsscheins des Besitzes für überflüssig gehalten.
- Umstritten ist aber, ob der Veräußerer in den Fällen des **Geheißerwerbs** ausreichend seine Besitzverschaffungsmacht dokumentiert.
 1. Rechtsschein durch **tatsächliche Geheißperson** des Veräußerers: Eigentumserwerb nach h.M. (+)
 - 🔗 Dem E gehört ein Fahrrad, das er dem L geliehen hat. V verkauft und übereignet dieses Fahrrad im eigenen Namen an K. Nach Erhalt des Kaufpreises bittet V den L, der den Verkauf billigt, das Fahrrad an K zu übergeben.
 2. Rechtsschein durch **Scheingeheißperson** des Veräußerers: Eigentumserwerb nach h.M. (+)
 - 🔗 Dem E gehört ein Fahrrad. V verkauft und übereignet das Fahrrad in eigenem Namen an K, schwindelt aber dem E vor, das Fahrrad in dessen Namen verkauft und übereignet zu haben. E liefert das Fahrrad bei K ab. E ist nicht Geheißperson des V, da er sich seinem Willen nicht unterordnet, sondern eine eigene (vermeintlich bestehende) Verpflichtung erfüllen will. Nach h.M. kommt es aber auf den Empfängerhorizont des Erwerbers K an, aus dessen Sicht E sich (wie im Beispiel 1 der L) dem Willen des V unterordnete, also wie eine Geheißperson erschien. Es soll für eine Übergabe auch i.S.d. § 932 I 1 ausreichen, dass V dem K tatsächlich Besitz verschafft hat.

Gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen (3) Rechtsschein des Besitzes

Übergabe kurzer Hand gem. § 929 S. 2 i.V.m. § 932 I 2

- Ist der Erwerber bereits im Besitz der Sache, ist gem. § 932 I 2 erforderlich, dass er den Besitz „von dem Veräußerer erlangt hatte“.
- Erforderlich ist demnach eine Besitzlage, die das Vertrauen des Erwerbers in das Eigentum des Veräußerers rechtfertigt: Dies ist der Fall, wenn der Besitz durch eine „**Übergabe**“ i.S.v. § 929 S. 1 (☞ 20 f.), die vor der Einigung stattgefunden hat, übertragen wurde.
 - ⚠ Auch hier kann der Besitz also unmittelbar durch den Veräußerer einen Besitzdiener, einen Besitzmittler oder eine (Schein-)Geheißperson übertragen worden sein.
 - ⚠ Der Unterschied zum Erwerb vom Berechtigten nach § 929 S. 2 (☞ 22) ist, dass bei diesem der Erwerber den Besitz irgendwie (d.h. nicht zwingend durch Übergabe) von irgendwem erlangt haben kann.

Besitzkonstitut gem. § 930 i.V.m. § 933

- Gem. § 933 genügt der Erwerbstatbestand des § 930 nicht für einen gutgläubigen Eigentumserwerb, sondern es ist zusätzlich eine **Übergabe** i.S.v. § 929 S. 1 der Sache an den Erwerber erforderlich.
- Eine **eigenmächtige Besitzergreifung** durch den Erwerber reicht auch dann **nicht** aus, wenn dieser durch den Veräußerer **zur Wegnahme ermächtigt** wurde.

Abtretung eines Herausgabeanspruchs gem. § 931 i.V.m. § 934

A. Veräußerer war mittelbarer Besitzer, § 934 Var. 1

- Hatte der Veräußerer **mittelbaren Besitz**, geht das Eigentum mit **Abtretung des Herausgabeanspruchs** auf den Erwerber über (der Veräußerer dokumentiert seine Besitzverschaffungsmacht durch die tatsächliche Übertragung von mittelbarem Besitz).
- Schutz des besitzenden Eigentümers durch § 936 III analog.

⚠ Bei einer Übereignung nach §§ 930, 933 erlangt der Erwerber ebenfalls mittelbaren Besitz. Der Unterschied zu §§ 931, 934 Var. 1 besteht aber darin, dass hier der Veräußerer bereits mit Abtretung des Herausgabeanspruchs jede besitzrechtliche Position verliert, während nach §§ 930, 933 der Veräußerer zunächst Besitzer bleibt. Deswegen ist bei §§ 930, 933 zusätzlich eine Übergabe, also insbes. der Besitzverlust des Veräußerers, zunächst erforderlich.

B. Veräußerer war nicht mittelbarer Besitzer, § 934 Var. 2

Hatte der Veräußerer **keinen mittelbaren Besitz**, weil entweder nur ein Herausgabeanspruch ohne Besitzmittlungsverhältnis (§§ 812 ff., §§ 823 ff.) oder weder ein Besitzmittlungsverhältnis noch ein Herausgabeanspruch bestand, ist die **Erlangung des unmittelbaren oder mittelbaren Besitzes von dem Dritten** (= unmittelbarer Besitzer) erforderlich. Eine **Anspruchsabtretung** ist **nicht erforderlich**.

⚠ Will der unmittelbare Besitzer sowohl dem Eigentümer als auch dem Erwerber den Besitz mitteln, ist str., ob dies für § 934 Var. 2 ausreicht:

- Nach h.M. ist ausschließlich derjenige mittelbarer Besitzer, mit dem **zuletzt** das Besitzmittlungsverhältnis begründet wurde, im Zweifel also der Erwerber. Nach h.M. findet der Erwerb daher statt.
- Nach a.A. liegt ein sog. **gleichstufiger mittelbarer Nebenbesitz** vor, der für § 934 Var. 2 nicht ausreicht, da der Veräußerer nicht jegliche besitzrechtliche Position verliert.

⚠ Bestand kein Herausgabeanspruch, so muss der Erwerber hinsichtlich des Eigentums des Veräußerers und **zusätzlich hinsichtlich des Anspruchs gutgläubig** (☞ 33 f.) sein.

Gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen (5) Gutgläubigkeit

➔ Der Erwerber ist nicht im guten Glauben, wenn ihm **bekannt** oder **infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt ist**, dass die Sache nicht dem Veräußerer gehört (§ 932 II).

⚠ Aus der negativen Formulierung folgt, dass die Gutgläubigkeit widerleglich (§ 292 ZPO) vermutet wird.

Zeitpunkt der Gutgläubigkeit

Vollendung des Rechtserwerbs (oft: Übergabe oder Surrogat)

⚠ Anders bei Grundstücken: Hier kommt es wg. § 892 II Var. 1 grds. auf den Zeitpunkt des Eintragungsantrages an (⚖ 68).

Bewusstseinsgrad der Gutgläubigkeit

■ Positive Kenntnis

■ **Grob fahrlässige Unkenntnis** (➔ **Grob fahrlässig** handelt, wer die **im Verkehr erforderliche Sorgfalt** in ungewöhnlich hohem Maße verletzt und unbeachtet lässt, was **jedem hätte einleuchten** müssen, vgl. § 276 II.)

🔍 Zwar besteht keine allgemeine Nachforschungspflicht. Beim Kauf gebrauchter Kfz ist jedoch die Vorlage des Fahrzeugbriefs erforderlich und der Veräußerer muss eingetragen sein. Ist er allerdings gewerbsmäßiger Händler, so kann es bei gutem Glauben an die Verfügungsbefugnis (§ 185 I) gemäß § 366 I HGB auch ohne Eintragung zum Erwerb kommen. Auch ein auffälliges Missverhältnis zwischen Kaufpreis und Verkehrswert oder die Umstände des Geschäftsabschlusses können Nachforschungspflichten begründen.

Für Gutgläubigkeit relevante Person

- Bei **Vertretung** gem. § 166 grds. der Vertreter. Hat aber der Vertreter nach **Weisungen** gehandelt, kommt es auf Gutgläubigkeit sowohl des Vertretenen als auch des Vertreters an, § 166 I.
- Bei **juristischen Personen genügt Bösgläubigkeit eines Organs** (nicht notwendig des Handelnden).
- Auf die Bösgläubigkeit von **Hilfspersonen** (Besitzdiener oder Besitzmittler) kommt es nicht an.

Gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen (6) Gutgläubigkeit

Bezugspunkte des guten Glaubens: Grds. nur Eigentum des Veräußerers

- Wortlaut der §§ 932 ff. („gehört“): Nur **Schutz des guten Glaubens an das Eigentum**
 - ⚠ **§ 142 II:** Wer die Anfechtbarkeit eines Rechtsgeschäftes (z.B. einer vorherigen Übereignung an den Veräußerer) kannte oder kennen musste (= fahrlässig nicht kannte, § 122 II), wird behandelt, als ob er die Nichtigkeit kannte bzw. kennen musste, wenn die Anfechtung erfolgt.
- Ausnahmsweise: Schutz des guten Glaubens an das **Nichtbestehen einer Verfügungsbeschränkung** in den gesetzlich angeordneten Fällen

– Relative Verfügungsverbote, §§ 135 II, 136	– Bedingungseintritt bei Zwischenverfügungen, § 161 III
– Verfügungen des Vorerben, § 2113 III	– Verfügungen des Erben trotz Testamentsvollstreckung, § 2211 II

- ⚠ Keine Überwindung der fehlenden Verfügungsbefugnis bei **absoluten** Veräußerungsverboten (Ehegatten, §§ 1365, Insolvenzverwaltung, § 81 I 1 InsO [anders bei Grundstücken, § 81 I 2 InsO]; Kindesvermögen, § 1643)
- Ausnahmsweise: Schutz des guten Glaubens an das **Bestehen einer Verfügungsbefugnis** (👉 § 366 I HGB)
- Zusätzlich: Guter Glaube an die **Lastenfreiheit** (§ 936), wenn es um den Untergang einer Last geht, ☞ 36

Sonderproblem: Rückerwerb des Nichtberechtigten vom Dritten

Erwirbt der nichtberechtigten Verfügungende das Eigentum von dem gutgläubigen Dritten zurück, so fällt das Eigentum nach h.M. wegen Sinn und Zweck der §§ 932 ff. zum Verkehrsschutz an den ursprünglichen Eigentümer zurück.

Verwertung des Pfandrechts

A. Person des Verwertenden, §§ 1235, 383 III, 1245:

Gerichtsvollzieher, Auktionator, Privatperson (wenn vereinbart)

B. Voraussetzungen der Verwertung

- Bestehen des Pfandrechts, § 58 f.
- Pfandreife, § 1228 II (i.d.R. bei Fälligkeit der Forderung oder – sofern keine Geldforderung besteht – sobald Forderung in Geldforderung übergegangen ist)
- Kein Überverkauf, § 1230 S. 2
- Richtige Verwertungsart
 - Öffentliche Versteigerung, § 1235 I
 - Freihändiger Verkauf bei Börsen- oder Marktpreis, § 1235 II i.V.m. § 1221
- Öffentliche Bekanntmachung, § 1237 S. 1

Bloße Ordnungsvorschriften

- Androhung des Pfandverkaufs, § 1234 I
- Benachrichtigung des Verpfänders, § 1237 S. 2
- Einhaltung der Monatsfrist, § 1234 II
- Mitteilung des Ergebnisses, § 1241
- Verkauf nur gegen Barzahlung und kassatorische Klausel, § 1238 I

BEI NICHTBEACHTUNG: Verwertung ist trotzdem rechtmäßig, Pfandgläubiger ist aber zum Schadensersatz verpflichtet, § 1243 II.

C. Folgen der Verwertung

Verwertung UNRECHTMÄSSIG, §§ 1244, 1247 S. 2

- Erwerber des Pfandes kann **gutgläubig Eigentum** erwerben, §§ 1244, 932–934, 936.
- **Dingliche Surrogation**: Eigentümer des Pfandes erlangt Eigentum am Geld und Pfandgläubiger (soweit ihm ein Pfandrecht zusteht) ein Pfandrecht am Erlös, § 1247 S. 2.

Verwertung RECHTMÄSSIG, §§ 1242, 1247

- **Erwerber** des Pfandes **erlangt Eigentum**.
- Etwaige andere **Pfandrechte** an der Sache **erlöschen**.
- **Pfandgläubiger erhält Eigentum am Erlös** soweit Forderung besteht und **Forderung erlischt**.
- Restlicher Erlös gebührt dem Eigentümer.

Eigentümer zahlt

Schuldner zahlt

Identität von Eigentümer und persönlichem Schuldner

- **Forderung** erlischt gem. § 362 I (zahlt einer von mehreren Gesamtschuldnern, geht gem. § 426 II 1 Forderung auf ihn über).
- **Hypothek** wird gem. §§ 1163 I 2, 1177 I zur Eigentümergrundschuld (zahlt einer von mehreren Gesamtschuldnern, geht gem. §§ 401, 412; 1153 I Hypothek auf ihn über).

Personenverschiedenheit von Eigentümer und persönlichem Schuldner

Eigentümer zahlt i.d.R. nur auf die **Hypothek**, um die Zwangsversteigerung zu verhindern (§ 1142 I).

- **Forderung** geht gem. § 1143 auf ihn über.
- **Hypothek** geht gem. §§ 412, 401; § 1153 auf ihn über (Eigentümerhypothek, vgl. § 1177 II).

Zahlt Eigentümer auf die **Forderung** (Ausnahme):

- **Forderung** erlischt gem. §§ 362 I, 267 I.
- **Hypothek** wird gem. §§ 1163 I 2, 1177 I zur Eigentümergrundschuld.

Schuldnerschutz bei Zahlung

- §§ 1160, 1161: Eigentümer kann vor Zahlung Vorlage des Hypothekenbriefs verlangen.
- § 893 (ggf. i.V.m. § 1155): Schuldbefreiende Zahlung an Nichtberechtigten, wenn dieser durch Grundbuch oder Hypothekenbrief legitimiert ist (gilt nur für Zahlung auf die Hypothek).
- Bei Zahlung an Nichtberechtigten – der nicht legitimiert ist – bleibt Hypothek gem. § 1156 isoliert bestehen (§ 407 gilt nicht in Ansehung der Hypothek). Forderung erlischt hingegen nach Maßgabe des § 407.

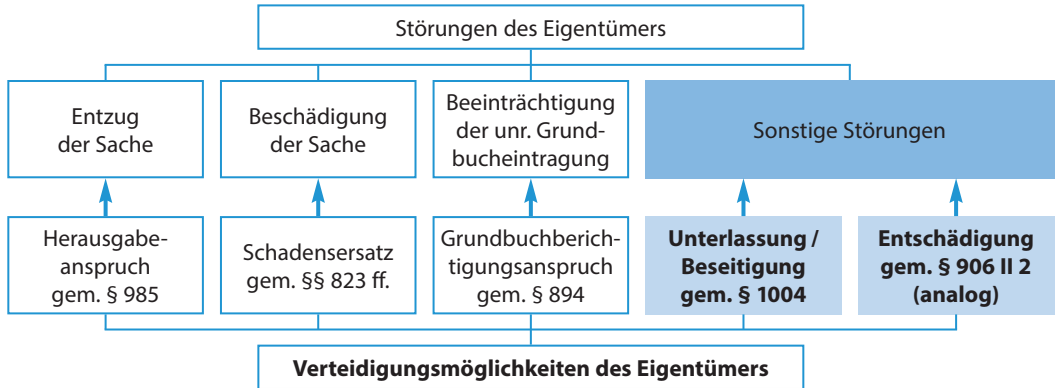
Ablösungsberechtigter Dritter zahlt (vgl. §§ 1150, 268)

- ☞ nachrangiger Inhaber eines anderen Grundpfandrechts, §§ 52 I, 44 ZVG
- **Forderung** geht kraft Gesetzes auf Dritten über, §§ 1150, 268 III.
- **Hypothek** geht gem. §§ 401, 412; 1153 I ebenfalls auf Dritten über.

Bei jeder Zahlung gilt:

Einreden

- gegen die Forderung bleiben erhalten, § 404 und
- gegen die Hypothek bleiben erhalten, §§ 1137, 1157.
- ⚠ Auch kein einredfreier Erwerb der Hypothek gem. § 1138 bzw. § 1157 S. 2 i.V.m. § 892 möglich, da Erwerb weder der Hypothek noch der Forderung rechtsgeschäftlich.



Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch gem. § 1004

1. Anspruchsteller = Eigentümer oder i.V.m. § 823: Inhaber eines anderen absoluten Rechts; (quasi-negatorischer Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch)
2. Eigentumsbeeinträchtigung i.S.v. § 1004 (bzw.: Beeinträchtigung des absoluten Rechts i.S.d. § 823)
3. Anspruchsgegner = Störer
4. Keine Duldungspflicht des Anspruchstellers, § 1004 II
5. Rechtsfolge: a) § 1004 I 1: Beseitigung einer (abgeschlossenen) Störung
b) § 1004 I 2: Unterlassung einer zukünftigen oder andauernden Störung